Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0013/2014
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Planungsausschuss	13.02.2014	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

**Bürgerantrag vom 05.08.2013, das Verfahren zur Aufstellung des
Bebauungsplanes Nr. 1521 - Diepeschrather Weg - wieder aufzunehmen**

Beschlussvorschlag:

Der Vorgang wird an den Infrastrukturausschuss überwiesen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zum Bebauungsplan Nr. 1521 – Diepeschrather Weg – fortzuführen, sobald die entwässerungstechnischen Voraussetzungen für die Umsetzung des Bebauungsplanes vorliegen.

Sachdarstellung / Begründung:

Der Antragsteller beantragt, das Verfahren zum Bebauungsplan Nr. 1521 – Diepeschrather Weg – fortzusetzen. Er begründet dies damit, dass nach Auskunft von Fachfirmen keine unlösbaren hydrogeologischen Probleme bestehen, und die Anlieger bereit sind, in der Umlegung ihren Beitrag zu leisten.

Der Antrag wurde am 12.11.2013 im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden behandelt und im Anschluss an den Planungsausschuss überwiesen (vgl. Drucksachen-Nr. 0496/2013).

Bevor das Bebauungsplanverfahren fortgeführt werden kann, ist zunächst die Entwässerungsproblematik zu klären. Das im Plangebiet anfallende Niederschlagswasser kann aufgrund hoher Grundwasserstände nicht im Plangebiet versickert werden, sondern muss in den nahegelegenen Mutzbach eingeleitet werden. Einer vorübergehenden ungedrosselten Einleitung des Niederschlagswassers in den Mutzbach wird von Seiten des Kreises nur zugestimmt, wenn eine zeitnahe Umsetzung der im Abwasserbeseitigungskonzept vorgesehenen Maßnahme Nr. 01.01.300 (Regenrückhaltebecken für das an das Plangebiet angrenzende Siedlungsgebiet) erfolgt. Diese Maßnahme war im bisherigen Abwasserbeseitigungskonzept (Fortschreibung 2008) für den Zeitraum ab 2014 vorgesehen. In dem derzeit in Überarbeitung befindlichen Abwasserbeseitigungskonzept wurde zuletzt jedoch eine Verschiebung der Maßnahme auf nach 2025 vorgesehen.

Für die Aufstellung des Bebauungsplanes müsste entweder durch politischen Beschluss auf die zeitliche Verschiebung der Maßnahme verzichtet werden oder eine eigene Rückhaltung für das Plangebiet geschaffen werden. Letztere wäre mit Mehrkosten von ca. 300.000 € verbunden, die entweder von der Stadt aus den Einnahmen der Umlegung, von den Planungsbegünstigten oder über Kanalanschlussbeiträge und Gebühren zu tragen bzw. zu finanzieren wären. Diese Mehrkosten gehen für eine alternative Lösungsfindung aus Sicht der Verwaltung über das zumutbare Maß hinaus und könnten bei einer zeitnahen Umsetzung der Maßnahme Nr. 01.01.300 eingespart werden.

Die Verwaltung schlägt daher vor, die Kanalbaumaßnahme Nr. 01.01.300 vorzuziehen und zeitnah mit der Maßnahme Nr. 01.01.371 umzusetzen und nach einem entsprechenden politischen Beschluss das Bebauungsplanverfahren weiter fortzuführen.

Anlagen

- Antrag vom 05.08.2013
- Übersichtsplan